

Volks-Zeitung

Chefredakteur: Otto Rühle, Berlin-Steinitz

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Druck und Verlag: Rudolf Rühle, Berlin

Brot 500 Markenerlei	1750
Milch 1 Liter	960
Zucker Pfund	1050-1100
Baketei Ztr. 850	Kola 11940
Strom Licht und Kraft	1050
Gas cbm	620

Zufuhr in Gemüse und Obst ausreichend, Preise zum Teil höher.	
Weiskohl 250-350 M.	Wirsingkohl 350-450 M.
Rotkohl 350-450 M.	Pfd. Blumenkohl 800-950 M.
Kopt. Möhrchen 90-150 M.	Kohlrüben 80 bis 120 M.
rote Rüben 90-150 M.	Teitlower 2000-2800 M.
Aepfel 350-400 M.	Pfund.

Strassenbahn 300, Umsteig.	450
Hochb. II. 250, III. 300, 250	100
Stadtbahn II. 400, III. 200	100
Omnibus Teil 300, ganze Str. 400	100
Ursache Kr. x 2000, Pl. x 2000	100
Teleph 22800, Gespr. 30, Ant. 60	100

Schweyer für und gegen die Vaterländischen

Die Selbstschußdebatte im bayerischen Landtag — Eine Einerseits-Andererseits-Rede des Innenministers — Der Tiefstand der „nationalen“ Presse — Gegen die Schußgesetz-Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages

München, 25. April. (Gca.) Im bayerischen Landtag wurde heute die gestern begonnene Aussprache über den sozialdemokratischen Antrag auf ein vollständiges Verbot aller Sturm- und Stoßtrupps fortgesetzt. Minister des Innern Dr. Schweyer nahm in längerer Rede Veranlassung, den grundsätzlichen Standpunkt der bayerischen Regierung gegenüber der vaterländischen Bewegung darzulegen. Er erklärte, daß die vaterländische Bewegung in ihrem Kern gesund und eine natürliche Erscheinung sei, und daß der entschlossene Wille des Volkes, eine Besserung der unerträglichen Zustände vorzubereiten, durchaus begründet und begriffen sei. Das Bestreben der vaterländischen Verbände müsse aber rein und ohne politische Beimischung bleiben. Andere Absichten dürfen nicht damit verbunden werden. Manche Führer dieser Verbände hätten dieses Ziel aus dem Auge verloren.

Es sei durchaus zu beurteilen, wenn heute nationale Verbände eine nationale Regierung bekämpfen, anstatt sie zu unterstützen.

Die Bewegung dürfe auch nicht zu einem Staat im Staat werden, und jede Politik auf eigene Faust müsse ausgeschlossen sein. Denn es sei ein gegenseitiges Vertrauen zwischen Regierung und nationalen Verbänden erforderlich. Aber in der heutigen Zeit der Front an Rhein und Ruhr in den Rücken, böse Verleumdungen der vaterländischen Verbände, auch die vaterländische Presse habe zum Teil auf einem betageneren Tiefstande. Ein Teil dieser Presse sei nicht ruhend, sondern Gift für das Volk, und

dieses Gift beginne bereits sich bedenklich auszuwirken. Der Minister bekannte sich dann nochmals ausdrücklich als ein Gegner der Schußgesetzgebung, und meinte, man solle in den maßgebenden Kreisen doch endlich einsehen, daß der Staatsgerichtshof ein politisches Gericht sei, durch dessen Entscheidung das Rechtsgefühl des Volkes, das Vertrauen zur Regierung und das Vertrauen der Parteien untereinander untergraben werde. Man müsse das außerordentliche Gerichtsverfahren durch ein ordentliches ersetzen. Minister Dr. Schweyer verurteilte weiter jeden Terror und die Gewalttätigkeit, die von nationalsozialistischer Seite in der letzten Zeit verübt worden seien. Er erklärte aber weiter, daß bei der gegenwärtigen Rechtslage die bayerische Regierung keine Handhabe zur Aufhebung der sogenannten Turnabteilungen habe.

Die Bekämpfung einer politischen Bewegung sei aber nicht Aufgabe der Regierung, und sie lehne es ab, die nationalsozialistische Partei als solche zu verbieten.

Einmaligen Verbänden, die auf die Gefährdung der öffentlichen Ordnung hinauslaufen, werde die Regierung mit allen Rechtsmitteln entgegenzutreten. Der Minister schloß mit einem Appell, die innerparteilichen Kämpfe zurückzustellen und alle Kräfte auf die Abwehr des äußeren Feindes zu richten.

Die Debatte endete mit der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages und der Annahme des Antrages der Bayerischen Volkspartei, die lediglich die Sicherheits- und Turnabteilungen verboten werden müssen, deren Ziel die gewalttätige Störung der Ordnung ist.

Schnelldienst

Präsident Harding verbietet den Verkauf amerikanischen Kriegsmaterials an auswärtige Mächte.

Die Reparationskommission hat ein Communiqué über die deutschen Schieferungen veröffentlicht.

Senar Lew, dessen Halsleiden sich erheblich gebessert hat, ist entlassen, wiederum öffentlich zu sprechen.

Präsident Harding hat sich erneut für den Beitritt der Vereinigten Staaten zum internationalen Gerichtshof ausgesprochen.

Die Zerstörung-Petersburg-Linie der Junkers-Werke wird am 1. Mai eröffnet.

Die chinesische Regierung befindet sich in engen Verhandlungen mit Frankreich.

Der Generalleutnant v. Matuschius, bisher Leiter der Abteilung 2 (Westeuropa) des Auswärtigen Amtes ist zum Gesandten in Reopenbogen ernannt worden.

Die Seetransportarbeiterunion in den Vereinigten Staaten hat den Streik erklärt.

Die Bildung des französischen Kabinetts scheiterte am Widerstand der Demokraten.

Die Rottegemeinschaft der deutschen Wissenschaft hat große Sendungen sowjetischer und dänischer Bücher zur Verteilung an deutsche wissenschaftliche Bibliotheken erlassen.

In Neapel und Palermo sind durch heftige Stürme tiefe Schäden an Gebäuden entstanden. Im Hafen von Palermo sind drei Schiffe untergegangen.

Dollar: 29 900

Aus Wilsons Erinnerungen

Ray Stannard Bakers Werk

Dr. Margarete Rothbarth

Je mehr man sich mit den Friedensverhandlungen des Jahres 1919 befaßt, je eifriger man die Quellen und Momentenliteratur dazu studiert, desto klarer wird einem, daß das große Problem, das alles beherrschte, Wilson heißt. Seine 14 Punkte bildeten die Voraussetzung für Waffenstillstand und Friedensvertrag. Kein Führer der Friedenskonferenz stand so sehr im Mittelpunkt der allgemeinen Aufmerksamkeit, und von niemand hing so sehr die Entscheidung ab, als von dem Manne, der in sich Macht und Ansehen desjenigen Landes verkörperte, ohne dessen Eingreifen der Sieg niemals zu den Alliierten, sicherlich nicht in dieser überwältigenden Form, gekommen wäre. Kein Wunder, daß alles an Enttäuschungen und Befürchtungen, was durch den Ausfall des Friedensvertrages gemeldet worden ist, nun sich gegen ihn wendet und ihm Vorwürfe macht. Die beispiellosen Niederlagen, die Völkerverbündigungen und Friedensvertrag in den Vereinigten Staaten selbst erlitten, haben aller Welt Wilsons politischen Bankrott dargelegt, noch ehe der Friedensvertrag, für den er verantwortlich zeichnete, in Europa seine furchtbaren Wirkungen ausgeübt hatte.

Man hat sich oft gewundert, daß Wilson nie auf alle gegen ihn geleuderten Angriffe geantwortet hat, daß er insbesondere nie Lanfings vernichtendem Suche gegenüber seinen eigenen Standpunkt und die Gründe seines Handelns aufzeichnete. Jetzt ist ein Buch erschienen, das zwar nicht unter Wilsons eigenem Namen geht, das man aber trotzdem als die von ihm inspirierte Rechtfertigungsschrift bezeichnen darf. Es heißt „Woodrow Wilson and World Settlement“ und ist verfaßt von Ray Stannard Baker. (Deutsche Ausgabe von Kurt Hebing, Verlag Paul List, Leipzig.) Anders wie der deutsche Kronprinz, der für ein Buch, das ein anderer geschrieben hat, als Verfasser zeichnet, ist Wilson im Hintergrund geblieben und hat als Autor den Journalisten und Freund genannt, der für die Redaktion und Form des Buches verantwortlich ist. Aber man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß kein Wort in dem ganzen Werke steht, das Wilson nicht gebilligt hätte.

Baker ist ein treuer Freund und Bewunderer des Präsidenten, und er legt sein Buch an als die Tragödie des großen Wahrheitsfinders und Idealisten, der unterliegen mußte, weil er den Kanten und der niedrigen Taktik seiner Gegenspieler in seiner Reinheit nicht gewachsen war. Das Werk stellt eine Rettung Wilsons dar, was freilich doch nicht ganz gelungen ist. In seinem Lebenslauf, Wilson zu entlasten, weiß Baker gerade auf die Schwächen hin, die er eigentlich verdecken möchte. So wenn er den Vorwurf, daß Wilson ohne Programm nach Europa gereist sei, zurückweist mit der Begründung, daß ein Programm doch gar nicht von so wesentlicher Bedeutung sei. Denn dort erst findet man seine Niederlagen in der Reparationsfrage, der Belugung der Rheinlande und des Saargebietes, der Abtretung Oberschlesiens. Wie Baker trotz redlichem Bemühen befangen ist, beweist die Tatsache, daß er Lloyd George sehr unfreundlich behandelt und behauptet, man hätte sich immer leichter mit Clemenceau verständigen und einigen können als mit ihm. Dabei erhält man aus den Protokollen, die Baker sowohl aus dem Jännerat wie aus dem Vierertrat veröffentlicht, den durchaus entgegengelegten Eindruck.

Die Hauptbedeutung dieses Werkes liegt daher nicht so sehr in Bakers gewandter Darstellung als vor allem in der reichen Veröffentlichung von Urkundenmaterial, die hier zum

Die neue Lausanner Konferenz

Frankreichs Frontwehler

In Lausanne hat in wenigen Tagen die neue Orientkonferenz begonnen. Es ist die erste, die in einem günstigeren Stern stehen wird als die erste, kann mit Erfolg besprochen werden. Man kann es sogar als ein böses Omen bezeichnen, daß diesmal die Hauptbesitzer, wie Curzon, Barère, Garroni, Venizelos, noch nicht eingetroffen sind und wahrscheinlich erst zum Abschluß des Vertrages kommen werden, falls nicht nach ein paar Wochen abermals alles ratlos auseinanderläuft. Auch die Haltung ist noch nicht da; wahrscheinlich würde auch gegen seine Teilnahme seitens der Alliierten Protest erhoben werden. So ist die Lage genau so konfus wie in den Weichselablagen des vergangenen Jahres, als die Diplomaten zu erst an ihre Arbeit gingen, die zu erledigen, kein einziger von ihnen hauptsächlich. Das Bemerkenswerteste an der neuen Lausanner Konferenz ist, daß die Anwesenden nicht mehr das französische Wohlwollen zeigt. Schon im Laufe des Winters waren Bruchstellen in der Freundschaft wahrnehmbar, und jetzt wird die französische Presse den Tücken ganz unerschrocken, daß sie an ihren Vätern unredlich gehandelt hätten. Unter anderem wird den Tücken der sogenannten Chertre-Vertrag vorgeworfen, daß sie ein Abkommen mit dem amerikanischen General Chertre über den Bau mehrerer Eisenbahnen. Dadurch sollen die französischen Interessen im Orient beeinträchtigt sein. Londoner Nachrichten, wonach die französische Politik bewußt auf einen Waffenstillstand mit den Türken hinabzieht und zu diesem Zweck durch den Marshall noch die Regierungen der Balkanstaaten bearbeiten lassen werde, ist eben wohl weit über Ziel hinaus. Sie lassen also deutlich den englischen Wunsch durchschauen, die Türkei völlig zu isolieren und Frankreich auf die pronazierte antitürkische Politik Englands festzulegen. Immerhin bleibt es auffällig, daß gerade jetzt ein angesehener Militär, wie General Mangin, zum Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte in Syrien ernannt worden ist, mit denen es, nach verschiedenen Personen, sehr schlecht bestellt sein soll. Und auch Kemal Pascha läßt durch nichts erkennen, daß er zu weiteren Zugeständnissen bereit wäre. Selbst wenn alle Vermutungen über einen baldigen Neuanbruch des Orientkrieges übertrieben sind — weiter als der Krieg scheint noch der Frieden entfernt zu sein.

Die wachsende Kohleneinfuhr aus England

London, 25. April. (Gca.) Der Kohlenexport aus Großbritannien nach Deutschland belief sich in den ersten drei Monaten des Jahres auf 3 854 520 Tonnen. In den vorhergehenden drei Monaten auf 2 163 520 Tonnen.

Erweiterung des Luftverkehrs

Genf, 25. April. (Gca.) Der Direktor der großen englischen Fluglinie British-Imperial, die bekanntlich London und Paris verbindet, wird in dieser Woche zu Verhandlungen mit dem Luftamt der Schweizer Bundesregierung über eine Verlängerung der Fluglinie London-Berlin bis Basel und eventuell während der Sommerzeit bis Zürich erwartet. Diese Linie würde in

Basel den Anschluß an die internationalen Gott-hardbürgen sichern.

Unerbetene Helfer

Störer an der Ruhr

Zu dem friedlichen Abwehrkampf an der Ruhr ist hin und wieder notwendig, daß der französische Gewalt mit List begegnet wird. Das muß als Selbstverständlichkeit gelten, die man tut, über die man aber nicht spricht. Unire Nationalisten sind anderer Meinung. Sie haben sich zu mehreren Unternehmungen geberdet, die die unternommenen Aktionen aus schwerer gefährdeten, und da sie offensichtlich das Ziel erreichten, die friedliche Linie durch putschistische Anläufe zu stören, so hat der preussische Innenminister pflichtgemäß zugegriffen. Daraufhin haben sich die Nationalisten nicht geschert, durch öffentliches Geschrei die Aufmerksamkeit der Franzosen auf verschiedene Vorgänge zu lenken. Ueber einen dieser Fälle, den wir schon andeutungsweise behandelten, schreibt jetzt der „Vorwärts“:

„Nach Friedrichsfelde bei West wurden in der Osternacht von deutschen Eisenbahnern acht Züge mit Stahlwaren, die von den Besatzungsbehörden beschlagnahmt worden waren, in das unbefestigte Gebiet übergeführt. Es handelte sich um ein privates Unternehmen, bei dem ein gewalttätiger Raubzug von vornherein ausgeplant war. Im Verlauf des Unternehmens trat ungeboren und als unwillkommenes Gatt ein Kaufmann bewaffneter Leute in Erscheinung. Gegen diese Waffentrag, deren Eingreifen zu unpolitischen Konflikten bedeutendster Art führen konnte, haben die preussischen Behörden pflichtgemäß eine Untersuchung angeordnet. Ein Teil der deutfationalen und deutschöflichen Presse schlägt auch diese Angelegenheit für ihre Seite gegen den Innenminister Severing aus. Sie weist darauf hin, daß Unternehmen der Eisenbahner nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. An Ort und Stelle ist eine lachliche Klärung sehr bald erfolgt. Es wurde festgestellt, daß das Eingreifen der wehrtauglichen Mannschaften mit dem Privatunternehmen der Eisenbahner nichts zu tun hatte und keine Durchführung gefährdete. Auf eine Indiskretion der rechtslebenden „Westfälischen Tageszeitung“ veröffentlichten der „Westfälische Courier“, die „Münsterer Zeitung“ und der „Volkswille“ eine gemeinsame Erklärung, in der das Vorgehen der „Westfälischen Tageszeitung“ als unanständig bezeichnet und ein weiteres Eingreifen auf die Angelegenheit aus vaterländischen Gründen abgelehnt wurde.“

Die Veröffentlichungen der Nationalistenpresse grenzen geradezu an Landesverrat. Leute, die nicht zu schweigen gelernt haben, müssen grundsätzlich von Diensten ausgeschlossen werden, die leider jetzt manchmal unerlässlich sind.

Abüstungskonferenz der südamerikanischen Staaten.

Aus Santiago wird gemeldet: Da die Konflikte auf dem amerikanischen Kontinent wegen Einschränkung der Seerüstungen noch nicht beigelegt werden konnten, lud der Präsident von Chile, Lañadrai, die Präsidenten von Argentinien, Brasilien und Uruguay zu einer Sonderkonferenz ein, die im September wahrscheinlich in Montevideo abgehalten werden soll.